

Finanzkrisen: Gewalt gegen Menschen, die überflüssig sind

Interview mit Stefan Leibold, Sprecher der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ (Ausgabe 2/2012 paxzeit)

paxzeit: Stefan, Du hast die Occupy-Wallstreet- Bewegung im Herbst unterstützt und gleichzeitig deutlich gemacht, dass eine Personalisierung der Finanzkrise zu kurz greift, z.B. durch Kritik am Verhalten der Bankmanager. Wie würdest du die Krise beschreiben?

Stefan Leibold: In der Tat sind eine Personalisierung der Krisen und eine Erklärung durch die „Gier“ der Manager wenig hilfreich. Bankmanager tun das, was ihre Aufgabe ist: Gewinne vermehren. Heute können Profite schwieriger in der Realwirtschaft realisiert werden, deshalb versuchen sich viele Akteure auf den Finanzmärkten. Die Spekulanten sind heute die erfolgreichsten Spieler innerhalb des Systems. Das Problem aber sind die Regeln des Spiels, nicht die Spieler.

Ich sehe vier Kategorien von Gründen für die aktuelle Europa-Krise.

1. Strukturelle Ursachen in der Europäischen Währungsunion: Das ökonomische Niveau der Euroländer ist sehr unterschiedlich, es gibt hochproduktive Volkswirtschaften (Deutschland, Niederlande usw.) und besonders in Süd- und Osteuropa Länder, die wenig industrialisiert sind. Die einen Länder exportieren und haben hohe Überschüsse in den Leistungsbilanzen, die anderen importieren und haben entsprechende Defizite, im Wesentlichen die heutigen Krisenländer. Die Agenda 2010 in Deutschland verbesserte die Situation der Exportwirtschaft durch Lohn- und Sozialdumping: Reallöhne sanken, Gewinnsteuern wurden gesenkt, die Vermögenssteuer abgeschafft usw. Für Deutschland bedeutete das mehr Nachfrage, Einkommen und Beschäftigung. Arbeitslosigkeit wurde mit den Waren nach Südeuropa exportiert. Die griechische Staatsverschuldung ist seit 2000 um etwa genau so viel gestiegen (187 Mrd. Euro) wie das Leistungsbilanzdefizit (198 Mrd. Euro). Das geldpolitische Instrument der Abwertung steht für die leidtragenden Länder bei einer gemeinsamen Währung nicht mehr zur Verfügung.

2. Die Folgen der Weltwirtschaftskrise: Die Länder, die es sich leisten konnten, erhöhten ihre Schulden, um Konjunkturprogramme aufzulegen. Durch die milliardenschweren Bankenrettungen wurden die privaten in öffentliche Schulden umgewandelt. Gerettet wurden damit die privaten Geldvermögen, die den Schulden entsprechen. Die ca. 130 Mrd. Euro des aktuellen Hilfsprogramms für Griechenland sind fast nur für Tilgung und Zinsen vorgesehen, also für die Gläubiger, nicht für die griechische Bevölkerung.

3. Spekulative Attacken: Man kann, wenn man griechische Staatsanleihen besitzt, eine Kreditausfallversicherung abschließen und damit handeln. Wird der Zahlungsausfall wahrscheinlich, steigt der Wert der Papiere: man kann sie also teurer weiterverkaufen, gleichzeitig zeigt dies Spekulanten, dass der Zahlungsausfall wahrscheinlich wird. Dann muss Griechenland höhere Zinsen für seine Staatsanleihen zahlen, dadurch steigen die Schulden, der Zahlungsausfall wird wahrscheinlicher usw. So können Spekulanten auf die Pleite eines Staates wetten und diese durch ihre Wetten selbst herbeiführen.

4. Hausgemachte Ursachen: Korruption, Klientelismus und Steuerhinterziehung spielen z. B. in Griechenland eine große Rolle. Deutsche Unternehmen haben davon kräftig profitiert, z. B. beim Rüstungsexport. Einem großen Teil des auf Auslandskonten lagernden hinterzogenen Vermögens Griechenlands könnte man durchaus habhaft werden und damit den größten Teil der griechischen Schulden bezahlen.

paxzeit: Wie entwickelt sich der Kapitalismus weiter?

Stefan Leibold: Dem Kapitalismus geht die benötigte Arbeit aus, die allein Wert schafft und den Prozess am Laufen hält. Schon vor Jahren redeten Teilnehmer einer Konferenz ganz offen von der „20:80“-Gesellschaft: Auf Dauer werden 20 Prozent der Weltbevölkerung ausreichen, die (kapitalistische) Weltwirtschaft am Laufen zu halten. 80 Prozent sind „überflüssig“.

Der wichtigste Grund für die stockende Verwertung liegt darin, dass der Kapitalismus aus seiner inneren Logik heraus auf immer mehr unproduktive Arbeit angewiesen ist. Die Ursachen sind zunehmende Verwissenschaftlichung, die steigenden Reparaturkosten für die Umwelt und die steigende Kapitalintensität der Produktion, d.h. es sind immer höhere Vorkosten für eine gewinnbringende Produktion nötig. Heute sind die Märkte gesättigt, fast alle Regionen im Kapitalismus integriert, die mikroelektronische Revolution führt zu struktureller Massenarbeitslosigkeit, die Ausweitung der Produktion ist (auch aus ökologischen Gründen) nicht mehr möglich. Nach der Krise der Finanzmärkte bleibt als letzte Stütze die Verschuldung der Staaten – wie lange, ist die Frage.

paxzeit: In der Eurokrise gibt es einen Streit um die richtige Politik im Euroraum: Sparprogramme, Konjunkturprogramme oder Schuldenschnitt. Gibt es einen Ausweg aus der Krise?

Stefan Leibold: Durch die Krise werden in einer unglaublichen Geschwindigkeit soziale und demokratische Rechte abgebaut. In den betroffenen Ländern gibt es starke Einschnitte in soziale Leistungen, Löhne, Renten, Bildungssystem usw. Diese haben zur Folge, dass Einkommen sinken. Die Nachfrage geht zurück, die Wirtschaft wird abgewürgt, es kommt zu Insolvenzen, die Arbeitslosigkeit und die Ausgaben des Staates steigen dadurch, die Schulden steigen weiter, es wird weiter gekürzt usw. Es ist ein Teufelskreis für die Betroffenen mit dem Ziel, die Vermögen der Gläubiger zu retten. Staatliche Konjunkturprogramme könnten einen Effekt haben, wenn dadurch massive Mehreinnahmen erzielt würden. Dafür müssten aber Gewinne, hohe Einkommen, Vermögen usw. erheblich höher besteuert werden. Die verankerten Schuldenbremsen sollen dagegen den Kürzungs-Kreislauf nach unten verstetigen. Damit werden sich die Lebensperspektiven vieler Menschen erheblich verschlechtern und die Krise wird nicht gelöst. Sinnvolle reformpolitische Maßnahmen wären:

- Grundvoraussetzung wäre ein Ende der Spekulation und eine Regulierung der Finanzmärkte, bspw. durch eine Finanztransaktionssteuer, durch das Verbot bestimmter Finanzprodukte, eine Neustrukturierung des Bankensektors u.a.
- Staatsschulden müssten ökonomisch, sozial und ökologisch sinnvoll abgebaut werden und die Kürzungs- und Privatisierungsprogramme beendet werden. Ein Schuldenaudit wäre notwendig, die Aberkennung „illegitimer“ Schulden, in Griechenland z. B. Schulden durch Korruption, die Olympischen Spiele oder Waffenimporte. Vermögens- und Bankenabgaben müssten dazu kommen.
- EU und Eurozone müssten völlig neu konzipiert werden. Die EU müsste demokratisiert, die EZB auf eine Politik für Beschäftigung und Nachhaltigkeit verpflichtet werden. Ein soziales Europa ohne Lohn- und Sozialdumping müsste geschaffen werden.

paxzeit: Welche Chancen auf Realisierung gibt es dafür?

Stefan Leibold: Sehr geringe. Hinzu kommt, dass auch diese Maßnahmen die globale Krise des Kapitalismus bestenfalls abfedern, aber nicht verhindern können. Wenn die Finanzmärkte nicht mehr abgekoppelt wären, wäre die Verwertungskrise in der Realwirtschaft zurück.

Für die Eurozone ist das wahrscheinliche Szenario, dass weitere Länder in den Abstiegsstrudel kommen, die Rettungsschirme verpuffen, den Steuerzahlern immer mehr Lasten auferlegt, die sozialen Kürzungen auch in Deutschland immer weiter vorangetrieben und gegen die verzweifelten Menschen Armee und Polizei eingesetzt werden – während die Deutschen Frau Merkel glauben, dass alle anderen schuld sind.

paxzeit: Siehst du die Gefahr, dass durch die Verwerfungen auf den Finanzmärkten auch Kriege Risiken entstehen?

Stefan Leibold: Der Kampf zwischen den Ländern des Nordens um die notwendigen Ressourcen wird sich zuspitzen, zu beobachten in vielen Regionen der Welt. Wir werden weitere Kriege des Nordens gegen strategisch wichtige Länder des Südens erleben. Zum anderen gibt es weltweit einen unerklärten Krieg gegen die Menschen, die „überflüssig“ sind.

paxzeit: Was ist die Aufgabe von pax christi in der Finanzkrise?

Stefan Leibold: Als erstes: Ideologiekritik! Die Griechen sind nicht schuld und Deutschland alles andere als unschuldig. Im Gegensatz zur schwäbischen Hausfrau macht es für einen Staat Sinn, sich durch Investitionen zu verschulden, um durch eine verbesserte Konjunktur seine Einnahmen wieder zu erhöhen, Auch ist die Einführung von „Schuldenbremsen“ ausgesprochen gefährlich, weil sie die Krise verschärfen. Es macht Sinn, auf Chancen und Grenzen von Regulierungsmaßnahmen des Kapitalismus hinzuweisen und gleichzeitig vor zu einfachen Lösungen zu warnen (wie „Der Zins/das „raffende Kapital“ ist schuld“, „ethisches Investment oder Mikrokredite lösen die Krise“). Erfreulich wäre es, wenn Lust an der Theorie, an der Analyse und Diskussion sozio-ökonomischer Zusammenhänge geweckt werden könnte und dies mit der christlichen Götzenkritik und der befreienden Botschaft Jesu theologisch verknüpft würde. Und: Protest gegen die strukturelle Gewalt und Solidarität mit der Bevölkerung in den von der Krise stärker betroffenen Ländern!

Und schließlich: Bei pax christi die Diskussion weiterführen. Auf Kommentare, Kritik usw. bin ich gespannt!

Dr. Stefan Leibold ist Sprecher der pax christi- Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“. Kontakt: globalisierung@paxchristi.de

Die Fragen stellte Redaktionsmitglied Odilo Metzler